

## Hansestadt Osterburg (Altmark)



TYP: Beschlussvorlage  
Status: öffentlich  
Nummer: II/2017/309  
  
Datum: 28.07.2017  
Aktenzeichen:  
Einreicher: Bürgermeister  
Federführendes Amt: Bürgermeister

Gremium	Termin	Genehmigung	Stimmverh.	J	N	E
Stadtrat	07.09.2017					

### Betreff

Beschluss zur Unterstützung der weltweiten Initiative "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe"

### Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt über die als Anlage beigefügte Einverständniserklärung, sich am „Welttag der Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ zu beteiligen und den 30. November zum städtischen „Tag für das Leben – Tag gegen die Todesstrafe“ zu erklären.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der eigenen Kompetenzen und im Bereich der eigenen Verantwortlichkeit, Raum für Informationen und Sensibilisierung zu schaffen, um die Gründe für die Ablehnung dieser Praxis darzulegen und über den Fortschritt der weltweiten Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe zu informieren.

.....  
Bürgermeister

### Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Seit Jahren setzt sich die Gemeinschaft Sant'Egidio für die Abschaffung der Todesstrafe ein und organisiert auch in diesem Jahr am 30. November den Internationalen Aktionstag „Cities for Life – Städte für das Leben / Städte gegen die Todesstrafe“. Zum 16. Mal wird diese Initiative durchgeführt, die schon häufig Anerkennung auf internationaler Ebene gefunden hat. Zu diesem Anlass sind die Stadtverwaltungen eingeladen, den Prozess der Abschaffung zu unterstützen und durch vielfältige kulturelle und andersartige Initiativen die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Thema zu lenken, das auch mit der verbreiteten Gewalt in vielen städtischen Umfeldern im Zusammenhang steht. Dadurch können sie ein Zeichen für den umfassenden Einsatz zum Schutz der Menschenrechte und des Lebens setzen und einer sich immer weiter auch in Städten ausbreitenden Gewalt vorbeugen.

Am 19. Dezember 2016 hat die UNO-Generalversammlung erneut eine Resolution für ein universales Moratorium der Todesstrafe mit 117 Ja-Stimmen verabschiedet. Das ist sehr

wichtig, doch der Weg zur Abschaffung der Todesstrafe erfordert einen breiteren Konsens und einen noch stärkeren Einsatz der Zivilgesellschaft.

Daher sind die Stadtverwaltungen erneut aufgerufen, im Rahmen dieser Initiative den Einsatz für den Respekt des Lebens und der Menschenwürde zu unterstützen und die Bürger für die Notwendigkeit zu sensibilisieren, dass diese unmenschliche Praxis der Todesstrafe aus den strafrechtlichen Vorschriften der Staaten verbannt wird.

**Empfehlung der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt der vorliegenden Einverständniserklärung zuzustimmen.

**Anlagen:**

Einverständniserklärung

---

---